

48. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive in Coburg am 16./17. Mai 2014

1. Arbeitssitzung: Versammlung der Kommunalarchivare (16. Mai 2014)

1) Begrüßung

Die 48. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive fand am 16. und 17. Mai 2014 in Coburg statt. Ihre Vorbereitung lag in den Händen von Stadtdirektor Dr. Michael Stephan (Stadtarchiv München) und wurde auch von ihm geleitet. Er begrüßte die rund 90 Teilnehmer, darunter besonders Ltd. Archivdirektor i. R. Dr. Robert Zink (Stadtarchiv Bamberg, nun Firma „Archive Consulting“), und dankte Michael Tröbs (Stadtarchiv Coburg) mit seinem Team für die organisatorische Vorbereitung der Tagung.

2) Zukunft der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive (Dr. Michael Stephan, Stadtarchiv München)

Dr. Stephan begann seinen Vortrag mit einem Rückblick auf die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive, die derzeit aus etwa 460 Mitgliedern bestehe. Die erste Tagung habe im Jahr 1964 stattgefunden; seit 1985 rotiere die Tagungsleitung zwischen den Stadtarchiven München, Nürnberg und Augsburg. Ebenfalls seit 1985 sei die Geschäftsleitung beim Stadtarchiv München angesiedelt. Deren Leitung habe Dr. Stephan von Hans-Joachim Hecker nach dessen Versetzung in den Ruhestand am 1. Juli 2013 übernommen.

Die 49. Tagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive werde im Rahmen des nächsten (9.) Bayerischen Archivtages am 8./9. Mai 2015 in Schweinfurt stattfinden, die Vorbereitung übernimmt erneut das Stadtarchiv München.

Dr. Stephan stellte zur Diskussion, ob die bisherige Organisationsform des Arbeitskreises beibehalten werden soll, oder ob andere Optionen denkbar seien. Er nannte folgende Beispiele für Organisationsformen entsprechender Arbeitsgemeinschaften in anderen Bundesländern: Beim VdA gebe es regionale Landesverbände für alle Archivsparten in den verschiedenen Bundesländern (Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen). Vereine und Verbände nur für Kommunalarchive gibt es in Schleswig-Holstein (VKA seit 2002; 59 Mitglieder), Hessen (VhK seit 1980 als Arbeitskreis, seit 2003 als Verband; 90 Mitglieder) und Niedersachsen (ANKA seit 1968, 90 Mitglieder). Auf dem ersten Niedersächsischen Archivtag in Hildesheim am 28./29.4.2014 wurde die Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchive in einen Verband niedersächsischer Archivarinnen und Archivare e.V. (für alle

Archivsparten) überführt.

Zu der von Dr. Stephan ans Auditorium gerichteten Frage nach Vorschlägen bezüglich der Organisationsform der AG äußerte Wolfgang Dippert (Stadtarchiv Schwabach), er halte die Verortung bei den Kommunen für richtig. Er befürchte, dass bei einer Vereinsstruktur die ganz kleinen Archive möglicherweise ausgeschlossen würden. Insbesondere der Fortbildungscharakter der Tagungen erscheine ihm wichtig. Dr. Stephan hingegen gab zu bedenken, dass bei einer Vereinsstruktur die daraus resultierenden Einnahmen von Vorteil seien. Umgekehrt bedeute dies aber auch, dass ein Verein gewisse feste Strukturen (Vorstand, Kasse etc.) erfordere. Willihard Kolbinger (Kreisarchivpfleger Pfaffenhofen) wünscht sich weiterhin eine Organisationsstruktur, die den Mitarbeitern kleiner Archive die Teilnahme ermöglicht. Bei großen Veranstaltungen beobachte er oft eine Dominanz der staatlichen Archive, während er z.B. durch die Teilnahme an der Bewertungs-AG im Rahmen dieser Veranstaltung für die eigene Arbeit „etwas mitnehmen konnte“. Dr. Ingo Schwab (Stadtarchiv München) bekundete einerseits Verständnis für die Sorgen der ganz kleinen Archive, argumentierte aber andererseits, dass eine Vereinsstruktur mehr Professionalität gewährleiste. Kleinere Gemeinden müssten sich ggf. darum bemühen, ein entsprechendes Mandat zu übernehmen. Dr. Michael Cramer-Fürtig (Stadtarchiv Augsburg) forderte im Interesse der kleinen Einzelkämpferarchive mehr „Praxislösungen von unten“ für die Basisarbeit und weniger Berichte aus dem Blickwinkel der großen Archive (z.B. Berichte aus der BKK). Johannes Fuchs (Landkreis Straubing-Bogen, Archivpfleger seit Januar 2013) plädierte für die Beibehaltung der jetzigen Struktur und hielt eine Evaluation, mit welchen Problemen kleine Archive in der Praxis tatsächlich konfrontiert sind, für sinnvoll. Wolfgang Dippert regte an, das Problem der fehlenden Einnahmen durch die Erhebung eines Tagungsbeitrags aufzufangen. Horst Gehringer sprach sich wegen des höheren Verwaltungsaufwandes insbesondere für das geschäftsführende Archiv eher gegen eine Vereinslösung aus. Dr. Ulrich Wagner (Stadtarchiv Würzburg) stellte die Frage in den Raum, ob Archive, die nicht Vereinsmitglieder würden, trotzdem weiterhin zu den Tagungen eingeladen würden. Helmut Waldsinger (Stadtarchiv Puchheim) erkundigte sich, ob man die AG organisatorisch unter dem Dach des Städtetages ansiedeln könne. Kirsten Stahmann (Gemeindearchiv Ismaning) entgegnete, Voraussetzung hierfür sei, beim Städtetag vertreten und Facharchivar(in) zu sein. Sie ermutigte kleinere Archive, sich zu artikulieren und auch politische Forderungen zu stellen. Interessierte Mitarbeiter kleinerer Archive könnten sich diesbezüglich ggf. mit ihr in Verbindung setzen. Hans Schreyegg (Kreisarchivpfleger Neustadt an der Waldnaab) gab zu bedenken, wie man einen gerechten Mitgliedsbeitrag finden wolle. Nach seiner Erfahrung brauche man für die Archivpflege die Unterstützung des jeweiligen Bürgermeisters, da das Archiv in der Verwaltung oft als unnütz gesehen werde, weshalb er eine Ansiedlung beim Bayerischen Gemeindetag begrüßen würde. Dr. Stephan hält dagegen ein weiteres kommunalarchivisches Gremium neben dem AK Stadtarchive beim Bayerischen Städtetag für problematisch und kaum realisierbar. Er erläuterte zudem, dass Kirsten Stahmann (Gemeindearchiv Ismaning) sich angeboten habe, als Sprecherin der kleinen Archive zu fungieren. Abschließend rief Dr. Stephan

dazu auf, bei der nächsten Tagung in Schweinfurt weitere konkretere Vorschläge vorzulegen.

3) Neue Homepage des AK Stadtarchive und der AG Kommunalarchive (Christoph Engelhard, Stadtarchiv Memmingen)

Christoph Engelhard stellte die neue gemeinsame Homepage des Arbeitskreises Stadtarchive und der Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive (www.kommunalarchive-bayern.de) vor, an deren Konzept Dr. Robert Zink (früher Stadtarchiv Bamberg) bereits seit 20 Jahren gearbeitet habe. Nach dem Vorbild der von Dr. Zink verwalteten BKK-Webseite solle die neue Homepage (auf die Belange der Kommunalarchive in Bayern ausgerichtete) Fachinformationen für alle bieten. Vorgabe sei gewesen, kein neues Archivportal aufzubauen und somit nicht in Konkurrenz zur Webseite „Archive in Bayern“ und zur Webseite der staatlichen Archive Bayerns zu treten. Da der Bayerische Städtetag die Übernahme der Trägerschaft für die Homepage abgelehnte, habe sich die Stadt Memmingen dazu bereit erklärt, eine Subdomain hierfür zur Verfügung zu stellen. Christoph Engelhard übernahm die Rolle des Administrators; inhaltlich solle die Homepage von der AG betreut werden. Für die Hostingkosten, die sich auf 200 € im Jahr belaufen, werde es ein Umlageverfahren bei den Mitgliedern des AK Stadtarchive geben. Die Webseite werde keine Bilder beinhalten, sondern sich auf Wesentliches konzentrieren, insbesondere Informationen zu Mitgliedern, Sitzungen, Handreichungen und Empfehlungen, aktuelle Termine etc. In der anschließenden Diskussion appellierte Dr. Stephan an das Auditorium, Mithilfe bei der Pflege der Webseite zu leisten. Angela Stilwell (Stadtarchiv München) vertrat die Meinung, dass hier mittels einer konventionellen Webseite Inhalte präsentiert werden sollen, die man auch ideal in einem Blog unterbringen könne. Vorteilhaft hierbei wäre die in vielen Fällen kostenlose Realisierbarkeit eines Blogs. Als Kompromiss schlug sie vor, auf der neuen Webseite allgemeine „statische“ Informationen zu platzieren und zusätzlich einen Blog (z.B. auf www.hypotheses.de) aufzubauen, auch um die Last auf mehrere Schultern zu verteilen. Christoph Engelhard hingegen setzt auf die nachhaltige Wirkung von Grundsatzdokumenten. Die andiskutierte Aufnahme von Veranstaltungen einzelner Archive habe er daher abgelehnt. Wolfgang Dippert (Stadtarchiv Schwabach) erkundigte sich, ob die Webseite als Forum für Fachaufsätze gedacht sei und somit die Funktion einer Fachzeitschrift übernehmen könne. Christoph Engelhard verneinte dies und wies in diesem Zusammenhang auf das demnächst in einer Neuauflage erscheinende Handbuch „Kommunale Archive in Bayern“ hin. Maria Rottler (Universität Regensburg) brachte erneut die von Angela Stilwell bereits erwähnte Plattform „Hypotheses“ ins Spiel, da dort (kostenlos) publizierte Artikel mit ISSN versehen und wie Aufsätze behandelt würden. Angela Stilwell stellte abschließend noch einmal die (zunächst unbeantwortet gebliebene) Frage in den Raum, ob die AG bayerischer Kommunalarchive einen eigenen Blog ins Leben rufen sollte.

4) Bericht der Arbeitsgruppe „Bewertung von Archivgut“ (Dr. Ingo Schwab, Stadtarchiv München)

Dr. Ingo Schwab berichtete über die Arbeitsgruppe „Bewertung von Archivgut“, die im Kontext dieser Tagung bereits am Vormittag konferiert habe. Während die Kerngruppe aus sechs Personen bestehe, habe die Teilnehmerzahl bei der aktuellen Sitzung bei über 30 Personen (u.a. Archivpfleger) gelegen. Hieraus resultierte laut Dr. Schwab eine andere Gewichtung der Sitzung als bei den bisherigen Arbeitssitzungen im kleinen Kreis. Die AG sei zunächst programmatisch vorgestellt und das Thema Aktenplan diskutiert worden. In den letzten anderthalb bis zwei Jahren seien drei Hauptgruppen des Bayerischen Einheitsaktenplans bearbeitet worden, wobei die AG sich als empfehlende Gruppe verstehe. Besonders hervorzuheben sei die Arbeit der Teilgruppe bestehend aus Matthias Röth (München), Markus Hiermer (Erding), Florian Porschke (Traunreut) und Ruth Weber (Grafenau) zum Thema Bauüberlieferung, die ihre Ergebnisse auch didaktisch gut aufbereitet habe. Die Arbeit der AG Bewertung habe sich als sehr zeitintensiv herausgestellt, zudem leide die Arbeitsgruppenarbeit unter der Größe des Einzugsgebietes der Teilnehmer. Etwa ein Viertel der gesamten Arbeit sei mittlerweile so weit gediehen, dass die Ergebnisse auf der Homepage veröffentlicht werden können. Dr. Schwab bot an, dass Interessierte, die nicht an der aktuellen Sitzung teilgenommen haben, die Ergebnisse (zu den Themenkomplexen Bauakten, Schule, Finanzen) bei ihm oder bei Matthias Röth (Stadtarchiv München) abrufen können. Dr. Stephan ergänzte, dass die Ergebnisse auch an die BKK weitergegeben werden sollen.

5) Umgang bei Digitalisierung durch Dritte (Dr. Michael Diefenbacher, Stadtarchiv Nürnberg)

Aufgrund einer Erkrankung von Dr. Michael Diefenbacher übernahm Dr. Walter Bauernfeind dessen Referat zum Thema Umgang bei Digitalisierung durch Dritte.

Dr. Bauernfeind berichtete, momentan seien verstärkte Aktivitäten von Family Search und Ancestry zu beobachten, Archiven die Digitalisierung personenbezogener Unterlagen anzubieten, z.B. Kirchenbücher des 19. und 20. Jahrhunderts oder Standesamtsüberlieferungen. Jedes Archiv müsse selbst entscheiden, wie es auf dieses Angebot reagiert. Im Stadtarchiv Nürnberg habe man im Jahr 2003 begonnen, Kirchenbuchzweitschriften (Meldungen der Kirchengemeinden an den Magistrat der Stadt) zu erschließen, und zwar jeden Eintrag einzeln und zudem in familienbezogener Tiefenerschließung. Mit der Übernahme der Standesamtsüberlieferung im Jahr 2009 sei die Digitalisierung weiter fortgeführt worden. Indices, Geburten und Sterbefälle seien in die Datenbank eingelesen worden, so dass Geburten und Sterbefälle ab 1810 (mit drei bis vier Millionen Personenindices) fast komplett erschlossen seien. In Nürnberg habe man sich somit in der Sondersituation befunden, dass das Ancestry-Angebot nicht lukrativ erschien, da es dem Stadtarchiv keinen Mehrwert geboten hätte. Stattdessen habe man Ancestry (wie zuvor schon

einem genealogischen Verein aus Österreich) die vorhandenen Personenindices gegen eine Gegenleistung zur Verfügung gestellt. Daraufhin habe Ancestry ein für das Stadtarchiv Nürnberg besseres Angebot vorgelegt, das sich auf die (im Haus erfolgende) Digitalisierung von großen Kontobüchern bezieht. Auch wenn Ancestrys Umgang mit den Rechten an Digitalisaten im Vergleich zu Family Search insgesamt positiver beurteilt wurde, wäre für das Stadtarchiv Nürnberg die Digitalisierung von Standesamtsbüchern und Meldeunterlagen über Ancestry laut Dr. Bauernfeind nicht in Frage gekommen, da man die Datenhoheit nicht aus der Hand geben, sondern die diesbezügliche Monopolstellung selbst behalten wolle.

Dr. Heimers (Stadtarchiv München) berichtete in der anschließenden Diskussion, dass das Stadtarchiv München mit beiden „Anbietern“ in Kontakt stehe, die Entscheidung für einen Anbieter jedoch vergaberechtlich schwierig sei, da nach derzeitigem Kenntnisstand die Digitalisierung auf jeden Fall ausgeschrieben werden müsse. Zu erwarten seien etwa vier Millionen Digitalisate. Bei den zu digitalisierenden Personenstandsunterlagen handele es sich um sensible Unterlagen, die eigentlich nicht aus der Hand gegeben werden sollten. Sowohl Datenschutz als auch Vergaberecht seien daher zu beachten. Wolfgang Dippert (Stadtarchiv Schwabach) berichtete von dem in Schwabach vor einigen Jahren mit den Mormonen abgeschlossenen Vertrag, bei dem die Konditionen fair und die Digitalisierungsergebnisse in Ordnung gewesen seien. Als wichtig sei erachtet worden, dass die Digitalisierung im Haus und somit unter Kontrolle stattgefunden habe. Die entstandenen, auf Festplatten vorliegenden Digitalisate (im Umfang von mehreren Terabyte) wurden von Wolfgang Dippert jedoch als für ihn bzw. das Stadtarchiv weitgehend nutzlos beurteilt. Eine Auswertung der digitalisierten Daten erfolge in Salt Lake City. Unterlagen, die das Archiv selbst tatsächlich digital benötigt, digitalisiere man inzwischen selbst. Wolfgang Dippert mahnte, bei der Digitalisierung von Standesamtsbüchern bezüglich der Randvermerke vorsichtig zu sein, da nicht automatisch davon ausgegangen werden könne, dass alle Vermerke für die Benutzung frei seien. Dr. Bauernfeind merkte hierzu an, dass beiden Anbietern diese Problematik bewusst sei und Randvermerke ggf. ausgeblendet werden können.

6) Digitale Langzeitarchivierung in Bayern und der bayerische Beitrag zu DIMAG (Dr. Manfred Heimers, Stadtarchiv München)

Dr. Manfred Heimers wies zu Beginn seines Vortrags zum Stand der Langzeitarchivierung in Bayern zunächst auf das vom AK Stadtarchive und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns geplante 6. Arbeitsgespräch zur Archivierung (genuin) digitaler Unterlagen hin, das am 4. Dezember 2014 in der Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns stattfinden wird. Beim 9. Bayerischen Archivtag in Schweinfurt am 9. Mai 2015 wird es dagegen generell um das Thema „Archivgut digital“ gehen. Seit dem letzten Vortrag von Dr. Heimers zu diesem Thema bei der 46. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Kommunalarchive in Wasserburg am Inn

im Jahr 2012 sei durch die Umstellung der Personenstandsbücher auf digitale Register der Druck auf die Gemeinden noch gewachsen. Die Kommunalarchive müssten in der Lage sein bzw. in die Lage versetzt werden, Personenstandsregister in elektronischer Form zu übernehmen. Eine Orientierung am OAIIS-Modell sei bei der Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen generell erforderlich. Als Beispiele für Langzeitarchivierungsprojekte bei Kommunalarchiven nannte Dr. Heimers Nürnberg (geplant ab 2014) und München. Dr. Heimers berichtete vom diesbezüglichen Stadtratsbeschluss bei der Landeshauptstadt München, in dessen Folge die Schweizer Firma Scope die Ausschreibung bezüglich eines Langzeitarchivierungssystems gewonnen habe und damit beauftragt worden sei, bis Herbst 2014 den Aufbau eines digitalen Langzeitarchivs in München umzusetzen. Nicht alle Kommunen hätten jedoch die Möglichkeit, ein solches System zu erwerben oder zu entwickeln. Eine andere Möglichkeit für Kommunalarchive stelle daher die Nutzung von DIMAG dar. Das diesbezügliche Kooperationsmodell biete verschiedene Kooperationsmöglichkeiten (Supportpartnerschaft, Magazinpartnerschaft (Baden-Württemberg), Dienstleistungspartnerschaft (Baden-Württemberg)), ein weiterer Ausbau sei nicht vorgesehen. Da die Weitergabe der DIMAG-Module als Verwaltungskooperation konzipiert sei, handele es sich hier nicht um den Kauf eines Produktes. Die Softwarelösung werde nur als Gesamtpaket abgegeben, das nicht an Dritte weitergegeben werden darf. Der Zugriff erfolge über eine Soap-Schnittstelle, das Repräsentationenmodell müsse angewendet werden, zudem sei die gemeinsame Terminologie einzuhalten. Dr. Heimers berichtete weiter, dass Bayern in diesem Kontext das Nutzungsmodul für DIMAG entwickelt, bei dem es keine elektronische Rechteverwaltung geben werde; die Dateneinsicht werde ausschließlich im Lesesaal erfolgen. Die Generaldirektion beabsichtige, das Nutzungsmodul kostenlos zur Verfügung zu stellen, wenn sich das Finanzministerium damit einverstanden erklärt. Dr. Heimers wies abschließend auf eine Präsentation der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns am 5. November 2014 hin, bei der die in Bayern entwickelten Tools DIP-Creator und DIP-Viewer offiziell vorgestellt werden sollen. Dr. Cramer-Fürtig erkundigte sich in der anschließenden Diskussion, warum das Baden-Württemberger Modell in Bayern nicht anwendbar sei. Dr. Heimers entgegnete, dass das DIMAG-Paket von kommunalen Rechenzentren übernommen werden könne, es in Bayern jedoch in dieser Form keine kommunalen Rechenzentren gebe. Zudem finde dieses Modell keine Zustimmung bei der Generaldirektion. Während man in Baden-Württemberg von den Einnahmen den Support finanzieren wolle, beabsichtige man in Bayern, die Softwaremodule kostenlos abzugeben, da mangels entsprechender personeller Kapazitäten kein Support geleistet werden könne. In Bayern sollen hierfür Mittel in den Landeshaushalt einfließen. Dr. Cramer-Fürtig fragte weiter, ob es möglich sei, einen Kooperationsvertrag mit Baden-Württemberg abzuschließen. Dr. Heimers vermutete, dass eine Magazinpartnerschaft eventuell möglich sei. Dr. Stephan wies abschließend auf die Anwesenheit von Dr. Christian Keitel (Landesarchiv Baden-Württemberg) bei der zuvor erwähnten Fortbildungsveranstaltung im Dezember hin, bei der es sicher Gelegenheit für die Erörterung solcher Fragen geben werde.

7) Neue Gebührensatzungen (Dr. Daniel Baumann, Stadtarchiv München)

Nach einer kurzen Vorstellung durch Dr. Stephan berichtete Dr. Daniel Baumann über die neue Gebührensatzung des Stadtarchivs München, die derzeit als Entwurf in der Rechtsabteilung der Landeshauptstadt München vorliege. Auslöser für die Änderung derselben sei die Arbeit an einer neuen Stadtarchiv-Satzung gewesen. Orientiert habe man sich dabei auch an den Regelungen anderer Archive, z.B. an den neuen Gebührensatzungen des Landesarchivs NRW und der Hessischen Staatsarchive. Leitgedanke der intendierten Neuregelungen sei, die Hürden für die Benutzung von Archivgut weiter zu verringern. Stuttgart, Düsseldorf und Hannover z.B. verzichteten auf die Erhebung von Gebühren für die Vorlage von Archivgut im Lesesaal; in manchen Institutionen würden zudem auch keine Wiedergabengebühren mehr erhoben. In München sollen zukünftig nur noch Gebühren für das Prüfen und Erteilen einer Veröffentlichungsgenehmigung durch das Archivpersonal anfallen. Auf die Gebührenerhebung für die Vorlage von Archivalien im Lesesaal solle dann verzichtet werden. Des Weiteren sollen demnächst einheitlich 28 € pro angefangener Halbstunde Gebühren für Gutachten/Fachauskünfte erhoben werden, ohne die bisherige Staffelung nach mittlerem, gehobenem, höheren Dienst. Die Gebührenerhebung solle insgesamt für die Benutzer transparenter und die finanziellen Hürden geringer werden. Dies bedeute aber auch, dass die Einnahmenverluste gegenüber dem Archivträger gerechtfertigt werden müssen. Als Gegenargument könne man hier die resultierende Verwaltungsvereinfachung anführen. Bedeutend sei insbesondere der Verzicht auf Wiedergabengebühren. Unterstützende Argumente für diese Position könne man in der europäischen PSI-Richtlinie finden, die so wenige Restriktionen wie möglich bei der Nutzung von Archivgut fordere.

Auch im eigenen Haus sei die neue Gebührensatzung umstritten, da bisher im Bildarchiv-Bereich eine Orientierung an den Preisen von Bildagenturen möglich war. Mit der neuen Gebührensatzung sei jedoch die Intention verbunden, alle Archivalien gleich zu behandeln. Im Hinblick auf den großen Gebührenposten „Anfertigung von Reproduktionen“ werde es hingegen eine Gebührenerhöhung geben.

Dr. Cramer-Fürtig (Stadtarchiv Augsburg) erklärte, er halte den Verzicht auf Wiedergabengebühren für falsch, da er die Sonderstellung der Archive bei der Vorlage von Dokumenten berücksichtigt sehen möchte. Das Stadtarchiv Augsburg habe daher eine sehr komplexe Gebührenordnung.

Dr. Baumann räumte ein, dass es in den meisten Städten aufgrund der Zugehörigkeit des Stadtarchivs zum Kulturbereich schwieriger sei, auf Gebühren zu verzichten, als in München, da hier das Stadtarchiv keine Kulturinstitution ist. Dr. Baumann betonte, dass ihm die Vorteile des Verzichts auf Wiedergabengebühren als überwiegend erscheinen. Dr. Ulrich Wagner (Stadtarchiv Würzburg) erkundigte sich, ob auch auf Gebühren von Verlagen verzichtet werde, was Dr.

Baumann bejahte. Dr. Baumann wies abschließend darauf hin, dass die neue Gebührensatzung jedoch noch von der Kämmerei genehmigt werden müsse, auch die Stadtarchiv-Satzung werde (im Hinblick auf digitale Unterlagen) entsprechend angepasst. Die neue Satzung könne bei einer späteren Tagung in diesem Kreis vorgestellt werden und werde nach der Genehmigung auch im Internet einsehbar sein.

8) Versicherung von Archiven und Archivgut (Dr. Dorit Maria-Krenn, Stadtarchiv Straubing)

Dr. Dorit-Maria Krenn referierte über die Versicherung von Archiven und Archivgut. Auslöser für die Beschäftigung mit dieser Thematik sei in Straubing ein Angebot der bayerischen Versicherungskammer für eine neue Versicherung des Straubinger Stadtarchivs gewesen. Laut Bericht von Dr. Maria-Krenn wurde die bisherige Versicherung schon 2006 umgeschrieben, die Inhaltsversicherung sei nur auf die Einrichtung bezogen, die Archivalien hingegen seien nicht versichert. Die Unterlagen über die frühere Versicherung seien vernichtet worden. Eine Versicherung für Archivgut sollte für einen Jahresbeitrag von 7033 € mit einer Versicherungssumme von 6 Millionen € (für Schadensfälle durch Feuer, Wasser etc.) neu abgeschlossen werden. Bei der Berechnung seien 12.000 € pro lfd. Meter angesetzt worden. Diese Summe sollte aus dem Etat des Stadtarchivs bezahlt werden, der jedoch hierfür nicht erhöht wurde. Bei einer Umfrage bei anderen Archiven habe sich herausgestellt, dass eine große Bandbreite von Versicherungen in Bayern existiert (z.B. reine Gebäudeversicherungen, Versicherungen von Archivalien als Geschäftsunterlagen, Versicherungen nur eines Teils der Archivalien, z.B. wertvolle Zimelien). Archivare wüssten über die Versicherung ihres Archivs oft gar nicht oder zu wenig Bescheid. Liegenschaftsamt, Haupt- oder Rechtsamt können hierfür zuständig sein. Einige Archive hätten auch schon eine neue Erstrisikoversicherung abgeschlossen, des Weiteren gebe es Archive, die sich aus Kostengründen gegen den Abschluss einer Versicherung entscheiden würden. Dr. Krenn berichtete weiter, die Stadt Coburg z.B. zahle jährlich 6800 € für ihre Versicherung, laut Angebot der Versicherungskammer müsste die Stadt Straubing etwa 1200 € mehr für eine entsprechende Versicherung bezahlen. In Wasserburg zahle man 541 € Jahresgebühr für eine Inventarversicherung (mit Archivgut) bei einer Versicherungssumme von einer Mio. €. Dr. Krenn erwähnte zudem, dass in manchen Archiven die Meinung vertreten werde, es sei sinnvoller, in Brandmelder, Wasserschutz, Digitalisierung etc. zu investieren, anstatt hohe Versicherungssummen zu zahlen. Dr. Krenn rief dazu auf, zu überprüfen, wie das eigene Archiv versichert sei und sich ggf. mit den Angeboten verschiedenen Versicherungen auseinanderzusetzen.

9) *Berichte aus der BKK und dem Bayerischen Städtetag (Dr. Michael Stephan, Stadtarchiv München)*

a) Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag:

Seit der letzten Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive in Schwandorf am 8. März 2013 haben drei BKK-Sitzungen stattgefunden, die 48. Sitzung in Jena am 18./19. April 2013, die 49. Sitzung beim Deutschen Archivtag in Saarbrücken am 24./25.

September 2013 und zuletzt die 50. Sitzung in Worms am 10./11. April 2014. Bei der Sitzung in Jena wurde Dr. Robert Zink (Stadtarchiv Bamberg) als stellvertretender Vorsitzender der BKK und Vorsitzender des Unterausschusses IT verabschiedet. In der Sitzung in Saarbrücken wurde Dr. Marcus Stumpf (LWL-Archivamt für Westfalen) als neuer stellvertretender Vorsitzender der BKK gewählt. Neuer weiterer bayerischer Vertreter in der BKK ist Horst Gehring (Stadtarchiv Bamberg), der auch den IT-Unterausschuss übernahm.

- Unterausschuss Aus- und Fortbildung: Das nächste 23. BKK-Fortbildungsseminar findet vom 12. bis 14. November 2014 in Potsdam statt: „Personen- und bevölkerungsgeschichtliche Quellen in Kommunalarchiven“.

- Unterausschuss Bestandserhaltung: hat jeweils ein Papier zum Einsatz von Mikroformen sowie zum Einsatz von Recyclingpapier in der Verwaltung erarbeitet. Seitens der KEK (Erhaltung von Kulturgut) sei eine Umfrage zum Bestandserhaltungsbedarf durchgeführt worden, die Rücklaufquote habe bei 12 % gelegen.

- Unterausschuss Historische Bildungsarbeit: bereitet eine Handreichung zum Thema Web 2.0 vor, die beim Deutschen Archivtag in Magdeburg vorgestellt werden soll.

- In dem von Dr. Stephan geleiteten Unterausschuss Überlieferungsbildung warte man momentan auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Bewertung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive. Thema war auch die geplante Einführung eines neuen produktorientierten Aktenplans durch die KGSt.

- Horst Gehring erstattete im Anschluss Bericht über die Arbeit des Unterausschusses IT. Zum Thema Ratsinformationssysteme liege ein Papier als Entwurf vor, das insbesondere vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe forciert worden sei. Des Weiteren habe sich der Unterausschuss IT mit der digitalen Archivierung von Personenstandsdaten der 1200 Standesämter in Bayern beschäftigt. Horst Gehring führte aus, es sei ein Trugschluss, anzunehmen, das Thema Archivierung digitaler Personenstandsdaten würde die Archive erst in vielen Jahren betreffen, da im November 2013 in Bayern bereits weit über 1,3 Mio. entsprechende Datensätze existierten. Seit dem 1. Januar 2014 sei die elektronische Registerführung gesetzlich vorgeschrieben. Viele Kommunen hätten jedoch im Zuge von Nachbeurkundungen schon vorher Datenätze ins elektronische Register übertragen, wodurch digitale Daten rechtsrelevant werden. Bereits im Laufe des Jahres 2014 könne es somit dazu kommen, dass Unterlagen zur Aussonderung anstehen. Nachdem das inzwischen gesprächsbereite Innenministerium sich

zunächst nicht für die digitale Archivierung zuständig gesehen habe, habe es dem für die staatlichen Archive zuständigen Wissenschaftsministerium „den Ball zugespielt“. Durch eine Umfrage solle nun die aktuelle Situation bezüglich der digitalen Archivierung in bayerischen Kommunalarchiven ermittelt werden. Ein entsprechendes Webformular solle bis Juni 2014 ausgefüllt und ausgewertet werden. Im Hinblick auf die Fragestellung, wie Archivalien ins Archiv übernommen werden sollen, wenn sie nur noch digital vorliegen, sei Kontakt mit der AKDB aufgenommen worden. Diese benötige jedoch ein Geschäftsfeld, um aktiv zu werden. Als einziges (aus archivischer Sicht jedoch nicht geeignetes) Produkt wurde seitens der AKDB „EasyArchiv“ genannt. Auch der vorgebrachte Vorschlag, die digitalen Unterlagen auszudrucken, stellt keine gangbare Option dar. Als eine Lösung komme möglicherweise DIMAG in Betracht, falls dieses kostenlos abgegeben werden könne, wie von der Generaldirektion intendiert. Das Finanzministerium sei jedoch bisher gegen eine kostenlose Abgabe. Durch das Fehlen kommunaler Rechenzentren sei Bayern diesbezüglich momentan Schlusslicht. Der Heimatminister (CIO für IT) solle daher von der Notwendigkeit des Aufbaus digitaler Archive bei den Kommunen überzeugt werden. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Miriam Eberlein (Stadtarchiv Heilbronn), Dr. Peter Worm (LWL-Archivamt für Westfalen) und Dr. Michael Wettengel (Stadtarchiv Ulm) vertrete in diesem Kontext die kommunalarchivischen Interessen. Die benötigte Schnittstelle für die Datenübernahme aus dem Personenstandsregister liege im Prinzip vor und sei von Dr. Worm bereits 2013 in einem im „Archivar“ veröffentlichten Aufsatz beschrieben worden. Auch wenn die AKDB bisher kein Archivsystem anbiete, müsse eine Lösung für rechtrelevante Daten gefunden werden. Die Koordinierungsstelle KOSIT werde die o.g. Schnittstelle zertifizieren, dies solle voraussichtlich bis 2015/2016 erfolgt sein.

b) Arbeitskreis Stadtarchive beim Bayerischen Städtetag:

Dr. Stephan berichtete, dass er bei der 12. Sitzung am 3. Juni 2013 zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde (bisher Hans-Joachim Hecker, der zum 1. Juli 2013 in Ruhestand ging). Die Kommunalwahl in Bayern am 16. März 2014 bot die Möglichkeit neu über die Zusammensetzung des Arbeitskreises nachzudenken. Johann Eitzensberger (Marktarchiv Garmisch-Partenkirchen) trat als einziger auf eigenen Wunsch nicht mehr an. Michael Tröbs (Stadtarchiv Coburg) und Gerhard Tausche (Stadtarchiv Landshut) wurden in der 14. Sitzung am 10. März 2014 als neue Mitglieder gewählt. Bereits bei der 13. Sitzung am 4. November 2013 wurde über den Vorschlag von Dr. Stephan diskutiert, auch Leiter(inne)n von Kommunalarchiven ohne Fachausbildung eine Mitarbeit im Arbeitskreis zu ermöglichen (soweit die Kommune Mitglied im Bayerischen Städtetag ist). Die Mehrheit der Mitglieder hatte sich jedoch gegen diese Ausweitung des Teilnehmerkreises ausgesprochen. Die Neuauflage der Publikation „Kommunale Archive in Bayern“ wird zum Bayerischen Archivtag 2015 in Schweinfurt erscheinen und werde etwa 350 Seiten umfassen. 27 von 30 Beiträgen lägen bereits vor.

10) Verschiedenes

Dr. Michael Stephan (Stadtarchiv München) rief den Vortrag der Generaldirektorin der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Margit Ksoll-Marcon, bei der Jahrestagung in Schwandorf im Jahr 2013 zum Thema „modularer Aufstieg“ in Erinnerung. Inzwischen gebe es drei Aufstiegsfälle in Bayern: Anton Löffelmeier in München, Horst Gehringer in Bamberg (jeweils Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst) und ein Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst. Dr. Stephan referierte noch einmal kurz die Modulinhalte, die auf der Webseite der Generaldirektion näher beschrieben sind (<http://www.gda.bayern.de/ausbildung>).

2. Arbeitssitzung: „Neue Möglichkeiten des Internets für Kommunalarchive“ (17. Mai 2014)

Karin Engelhardt (Coburg): Das digitale Stadtgedächtnis Coburg

Nach der Begrüßung durch Dr. Stephan berichtete Karin Engelhardt (Stadt Coburg) als erste Referentin des Tages über das Thema „Das digitale Stadtgedächtnis Coburg“ (<http://www.stadtgeschichte-coburg.de>).

Nach ihren Erfahrungen verleihe das Internet der Gedächtniskultur neuen Aufschwung und neue Möglichkeiten. Wir@coburg sei zuständig für alles, was online abgewickelt werde. Spezielle eCity-Anwendungen seien entwickelt worden, die direkte Vorteile für den Wirtschaftsstandort böten. Die Idee hierfür sei 2007 dem Stadtrat vorgestellt worden, einige Projekte (z.B. eine Kindergartenplattform und das digitale Stadtgedächtnis) seien bisher schon umgesetzt worden. Für eine 2009 online gegangene Beteiligungsplattform habe man einen Preis beim E-Government-Wettbewerb gewonnen; die Internetplattform "Digitales Stadtgedächtnis" der Stadt Coburg habe die Auszeichnung "Ausgewählter Ort 2010" der Initiative "Land der Ideen" erhalten. Open Source Apps würden entwickelt, um Geschichten zu erzählen und um Jugendliche zu ermutigen, ihre Erlebnisse ins digitale Stadtgedächtnis einzuspeisen. Die Anwendung „Digitales Stadtgedächtnis“, die zusammen mit der Stadt Helsinki entwickelt werde, könne auch von anderen Städten nach genutzt werden. Die dahinterstehende Idee sei, über die Stadtgeschichte Alt und Jung zusammenzubringen. Im Rahmen von Projekten werde Jugendliche die Möglichkeit geboten, zusammen mit Senioren deren Geschichten in der leicht verständlichen Plattform eingeben, alte Fotos zu scannen, Filme zu digitalisieren etc. Für die Senioren sei somit ein sinnvoller Einsatz von Computertechnik erlebbar. Geplant seien unterschiedliche Benutzeroberflächen für Jugendliche und für Senioren; letztere soll einfach und klar strukturiert sein. Kooperationspartner seien das Stadtarchiv, das Staatsarchiv, die Landbibliothek, die Initiative Stadtmuseum, Tourismus Coburg, Seniorentreffs, Schulen etc. Auch Horst Gehringer (damals Staatsarchiv Coburg) sei am Projekt

beteiligt gewesen. Bei der Zusammenarbeit mit Schulen entstünden oft gute P-Seminare, in denen Ergebnisse (wie z.B. ein Audioguide) erzielt werden, die man bleibend anschauen könne. Die Plattform beinhalte bisher schon über 1000 Artikel, erzählte Geschichte und Stadtgeschichte seien die Säulen (z.B. „Bratwurstduft am Bahnhof“). Leicht zu verstehende Texte mit Bildern böten z.B. für Schüler einen Einstieg für Hausarbeiten. Weitere Recherchezugänge bestünden über einen Zeitstrahl und eine Stadtkarte. Eine einfache und benutzerfreundliche Eingabemaske biete Bürger die Möglichkeit, selbst Inhalte einzutragen und per Formular zu versenden. Die Online-Stellung der Inhalte erfolge erst nach Gegenlesen und Prüfung durch die Redaktion. Im Gegensatz zu vielen Facebook-Gruppen werde hier auch auf die Angabe von Quellen geachtet. Auch Filme mit Zeitzeugenberichten würden immer wieder aufgenommen. Zudem werde ein „Best Of“ in Papierform herausgegeben; diese seit 5 Jahren jährlich erscheinenden Lesebücher jeweils zu einem bestimmten Themenschwerpunkt (z.B. Wirtschaft) seien sehr nachgefragt. Die Lesebücher sollen laut Karin Engelhardt Appetit machen, aber nicht sättigen, sondern dazu anregen, sich mit Geschichte zu beschäftigen bzw. Museen, Archive etc. zu besuchen. Die Abgabe der über Sponsoren finanzierten Lesebücher erfolge kostenlos, die Kosten beliefen sich auf rund 5000 €.

Horst Gehringer (Stadtarchiv Bamberg): „Archivale trifft Bürger“. Überlegungen aus archivischer Sicht

Horst Gehringer knüpfte zunächst an den vorangegangenen Vortrag an. Die Mitarbeit an dem im Vorangegangenen geschilderten Projekt sei spannend gewesen, die ungewöhnliche Dichte kultureller Einrichtungen für eine kleinere Stadt (41.000 Einwohner) habe dabei zum Projekterfolg entscheidend beigetragen.

Bei Überlegungen zum Thema „Archivale trifft Bürger“ seien inzwischen auch vom User erzeugte Inhalte (Twitter, Facebook) zu berücksichtigen. Wichtig sei, Archivalien nicht nur zugänglich zu machen, sondern auch auszuwerten. In diesem Kontext könne man sich Crowdsourcing-Projekte, z.B. für Erschließungsprojekte, zunutze machen. Nachdem Crowdsourcing bisher z.B. von den National Archives stark genutzt worden seien, gebe es mittlerweile auch einige deutsche Archive, die in diesem Bereich aktiv werden.

Horst Gehringer referierte weiter über Möglichkeiten, dem Bürger Archivalien zu vermitteln, z.B. Archivführungen für unterschiedliche Zielgruppen oder Informationen im Internet. Nachdem Archive anfänglich auf ihren Webseiten ihre Kurzarchivführer in digitaler Form und im nächsten Schritt Findmittel als PDF-Dateien zur Verfügung stellten, seien inzwischen andere Lösungen wie Online-Datenbanken, Retrokonversion von Findmitteln, Präsentationen stark frequentierter Archivalien etc. relevant. Als Beispiel nannte Horst Gehringer die Adelforschung, die in Coburg stark vertreten sei. Eine wichtige Quelle seien hier etwa 700 Bilder zur Adelswelt im 19. Jahrhundert. Zu berücksichtigende Aspekte in diesem Kontext seien: Herkunft der Informationen,

technische Umsetzung, Redaktion, Datenschutz, Rechte von Autoren für Uploads, Klärung von Rechts- und Eigentumsfragen, Möglichkeiten für Ergänzungsüberlieferungen.

Als weiteres Beispiel führte Horst Gehringer von Bürgern zur Verfügung gestellte Feldpostbriefe und Fotoalben an. Erscheine z.B. ein einzelnes Foto in der Zeitung, sei ein Anknüpfungspunkt gegeben, nachzuforschen, ob möglicherweise weiteres Material vorliegt, das dem Archiv (ggf. als Reproduktion) zur Verfügung gestellt werden kann. Voraussetzung sei eine entsprechende technische Ausstattung des Archivs mit Scanner und Kamera, um ggf. selbst Digitalisate anfertigen zu können. Des Weiteren seien Kooperationen erforderlich. Durch die räumliche Nähe der zahlreichen Kulturinstitutionen seien in Coburg diesbezüglich ideale Bedingungen gegeben. Das Stadtarchiv als *die* Institution für die Stadtgeschichte mit der Aufgabe Quellen langfristig zu sichern, könne sich hier gut positionieren. Des Weiteren sei ein digitales Archiv erforderlich, um Digitalisate und digitale Archivalien dauerhaft speichern zu können. Zur Realisierung würden daher Technik, Räume und Haushaltsmittel benötigt. Im Sinne der Bestandsergänzung bestehe durch solche Aktionen die Chance, zusätzliche Quellen aus dem Bereich des nichtamtlichen Schriftgutes zu erhalten, jedoch stets im Kontext rechtlicher Aspekte und der Einbettung in die jeweilige IT-Struktur der Stadt.

In der anschließenden Diskussion zu den Vorträgen von Karin Engelhardt und Horst Gehringer wurde die Frage aufgeworfen, wie man mit den schwer zu bewältigenden Mengen analogen Materials umgehe und darauf hingewiesen, dass ein Projekt zum digitalen Stadtgedächtnis keine fundierte Stadtgeschichte ersetze. Karin Engelhardt (Stadt Coburg) betonte, dass man keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe und dass das digitale Stadtgedächtnis analog zum menschlichen Gedächtnis ebenfalls lückenhaft sei. Dr. Michael Diefenbacher (Stadtarchiv Nürnberg) erkundigte sich danach, was mit Unterlagen, die in analoger Form abgegeben werden, geschehe. Laut Karin Engelhardt passiere dies eher selten, da die meisten Bürger ihre Originale wieder mitnehmen möchten, falls es doch der Fall sei, werde ans Stadtarchiv weiterverwiesen. Horst Gehringer merkte kritisch an, dass die Zeitgeschichte im Zeitstrahl unterrepräsentiert sei. Christoph Engelhardt erkundigte sich nach der Zusammensetzung der Redaktion. Laut Karin Engelhardt werden die Texte durch städtische Mitarbeiter geprüft. Bisher habe es noch keine Konflikte wegen verfälschender Darstellungen z.B. der NS-Geschichte gegeben.

Angela Stilwell (Stadtarchiv München): Die Facebook-Gruppe „Archivfragen“ und weitere Möglichkeiten des kollegialen Austausches

Angela Stilwell berichtete über die von ihr ins Leben gerufene Facebook-Gruppe „Archivfragen“. Wie aus dem Namen schon hervorgehe, beschäftige sich diese derzeit 306 Mitglieder umfassende Gruppe mit archivischen Themen. Es handele sich um eine geschlossene, nicht durch Google

durchsuchbare Gruppe, der Beitritt müsse vom Admin freigeschaltet werden. Die Wahl sei auf Facebook gefallen, weil hier keine besondere Infrastruktur notwendig und die Handhabung relativ einfach sei. Ziel sei, dass jeder Interessierte ohne Berücksichtigung von Hierarchien Fragen und Ideen vorbringen könne. Jedem Teilnehmer sollte jedoch bewusst sein, dass er sich hier privat bewegt, ein privates Posting könne von der Meinung des Archivs als Institution abweichen. Vereinbart sei, dass nicht direkt aus der Gruppe zitiert werden soll. Über die immer wieder diskutierte Frage, ob die Gruppe geschlossen bleiben oder offen sein sollte, sei per Umfrage abgestimmt worden, das Ergebnis habe dafür gesprochen, weiterhin eine geschlossene Gruppe zu bleiben.

Als weitere Möglichkeiten für den kollegialen Austausch bzw. für die Zusammenarbeit verschiedener Archive nannte Angela Stilwell archivische Blogs, z.B. archivalia (als Gemeinschaftsblog konzipiert, mit großer Bandbreite) und den Blog des LWL-Archivamtes für Westfalen (archivfachlicher Austausch, Veranstaltungsbegleitung).

Frau Stilwell wies darauf hin, dass in diesem Kontext interessant Abstracts, Folien und Videomitschnitte zur Tagung „Offene Archive 2.1 – Social media im deutschen Sprachraum und im internationalen Kontext“ online abrufbar seien (<http://archive20.hypotheses.org/tagung-2014>). Angela Stilwell referierte bei der o.g. Tagung über das Thema „Die Facebook-Gruppe Archivfragen“ (<http://archive20.hypotheses.org/1743>).

Im weiteren Verlauf ihres Vortrags ging Angela Stilwell auf Twitter ein. Mittels Twitter können kurze Nachrichten von maximal 140 Zeichen sowie Fotos kommuniziert werden. Entweder man folge einer Person oder suche nach Hashtags (Verschlagwortung). Twitter habe eine eigene Sprache, an die man sich erst gewöhnen müsse; die hier kommunizierten Inhalte seien zum größten Teil öffentlich. Verbreitet würden z.B. viele interessante Links, auch international, auf die man sonst wahrscheinlich nicht stoßen würde. Angela Stilwell plädierte dafür, auch Twitter für den kollegialen Austausch zu nutzen.

Maria Rottler (Regensburg): Bloggen und Archive: Das Blogportal de.hypotheses.org

Maria Rottler, Doktorandin an der Universität Regensburg, stellte hypotheses vor, eine spezielles Portal, das es erlaube, ohne großen Aufwand online Journale zu führen (siehe: <http://histbav.hypotheses.org/2485>). Der jüngste Eintrag sei immer ganz oben zu finden; die Nutzung erfolge immer häufiger über mobile Endgeräte. Publiziert würden Bilder, Videos, Audios, aber vor allem Links. Jeder Beitrag erhalte eine permanente Webadresse. Die jeweils neuesten Beiträge seien als Feed abonniebar. Kommentare müssten erst freigeschaltet werden. Maria Rottler führte weiter aus, Blogs seien mit sozialen Netzwerken vernetzt. Während bei Facebook Inhalte oft sehr flüchtig seien, werde auf Beiträge in Blogs häufig wiederholt zugegriffen. Während letztere zwar ursprünglich im privaten Bereich entstanden seien, seien sie mittlerweile

auch stark im wissenschaftlichen Bereich vertreten. Blogs ermöglichten Vernetzung und Zusammenarbeit mit Personen, die sich oft noch nie persönlich getroffen haben. Möglich seien ein schneller Informationsaustausch, Einblicke in den Arbeitsalltag, praktische Tipps und Anregungen, Bitte an die Öffentlichkeit um Mithilfe (z.B. zur Identifikation von Gebäuden oder Personen). Als Erfolg zu verbuchen sei z.B. die Facebook-Seite „Rettet die Stralsunder Archivbibliothek“, die über 10.000 Personen erreichte und dazu beigetragen habe, dass die verkauften Bücher zurückgekauft wurden.

Bei de.hypotheses.org handele es sich um ein deutschsprachiges Portal, das von Archiven Bibliotheken, Museen und Forschungseinrichtungen genutzt werden könne, um sehr einfach Blog-Beiträge zu erstellen. Blogs existierten derzeit z.B. im Bereich des Kulturgutschutzes, zur Geschichte Bayerns und zur Ordensgeschichte. Besonders hervorzuheben sei, dass Beiträge langzeitarchiviert werden; für die Zitierbarkeit werde eine ISSN-Nummer vergeben. Eine Redaktion wähle jeden Tag die besten Beiträge aus. Alle Beiträge, die in deutschsprachigen Portalen erscheinen, werden bei Twitter etc. beworben. Für Archive gebe es in diesem Kontext viele Möglichkeiten, z.B. für Institutionenblogs. Als Beispiel nannte Maria Rottler die Web-2.0.-Aktivitäten des Stadtarchivs Linz am Rhein (<http://stadtarchiv.linz.de/>). Das Stadtarchiv Speyer z.B. beteilige sich an verschiedenen Projektblogs. Des Weiteren sei die Beteiligung an Gemeinschaftsblogs (wie archivalia oder siwiarchiv.de) oder an thematischen Blogs möglich. Der Blog „Geschichte Bayerns“ habe bisher über 3000 Besucher. Es handele sich hierbei um eine private Initiative der Referentin, zudem existiere auch ein Schulungsblog.

Ein ähnlicher Beitrag von Maria Rottler ist unter folgendem Link zu finden:

<http://archive20.hypotheses.org/1689>

Jörg Fischer (Stadtarchiv Amberg): Das Stadtarchiv Amberg in der schönen neuen Welt des Web 2.0 – Reloaded

Jörg Fischer betonte zunächst die Wichtigkeit von Vernetzung. Auch seitens des VdA sei beabsichtigt, das Tätigkeitsfeld Web 2.0 stärker zu gewichten.

Jörg Fischer erwähnte, dass er zu diesem Thema bereits beim 83. Deutschen Archivtag 2013 in Saarbrücken einen Vortrag gehalten habe (<http://archive20.hypotheses.org/905>), im aktuellen Referat werde er auf die seitdem gemachten Erfahrungen eingehen. Jörg Fischer führte aus, dass die Einflussmöglichkeiten des jeweiligen Archivs auf die Webseite des Archivs als Teilbereich der städtischen Homepage in der Regel begrenzt seien. In Amberg erfolge die Veröffentlichung über die Pressestelle, redaktionelle Kompetenzen für Fachbereiche existierten nicht. Bis zur Veröffentlichung von Inhalten dauere es etwa 2 Wochen. Grund für die Nutzung von Web 2.0 sei der Wunsch nach besserer Kommunikation mit den Archivnutzern gewesen. Während man in Amberg zunächst ein traditionelles Bild vom Ablauf der Kommunikation gehabt habe, wolle man

sich nun an den Bedürfnissen der Digital Natives und Digital Immigrants orientieren, die das Web aktiv gestalten und nicht nur passiv statische Inhalte konsumieren wollen. Amberg habe derzeit 1438 Likes und etwa 1500 bis 2000 Besucher pro Woche. Die Frage nach dem erforderlichen Zeitaufwand beantwortete Jörg Fischer mit etwa 2 Stunden pro Woche. Von Fall zu Fall könne aber auch ein höherer Zeitaufwand erforderlich sein; wenn z.B. zu einem Thema eine Diskussion entstehe, sollte man dranbleiben.

Als positiven Aspekt nannte Jörg Fischer insbesondere, dass mittels Web 2.0 mehr Benutzer erreicht werden könnten als über andere Medien. Es könne ein Instrument sein, um Interessen des Archivs durchzusetzen, denn auch Entscheidungsträger seien heute in den Netzwerken präsent, bzw. teilweise nur noch darüber erreichbar. Als negativ zu werten sei, dass Fragen des Datenschutzes von vielen, insbesondere jungen Nutzern ignoriert würden und dass oft noch keine Social-Media-Richtlinien existieren. Zudem gebe es Nutzer, die sich gern „daneben benehmen“, viele Firmen verfügten daher inzwischen über einen Shitstorm-Manager. Jörg Fischer wies darauf hin, dass Datenströme der Pflege und Kanalisierung bedürfen. Zu bedenken sei, dass staatlichen Kontrollorganen der Zugriff auf private Daten möglich sei. Risiken seien z.B. die Verselbständigung von Crowd-Inhalten und die durch die große Beschleunigung hervorgerufene Verflachung von Inhalten. Der Umgang mit digitalen Medien ist nach Auffassung von Jörg Fischer nur als eine stete Annäherung zu sehen, bei der man nie ankomme. Man könne sich aber dem Unbehagen nicht hingeben und anderen das Feld überlassen, sondern müsse selbst aktiv werden und mitbestimmen.

In der anschließenden gemeinsamen Diskussion mit den Referenten betonte Maria Rottler noch einmal, sie favorisiere, Blogs ins Zentrum der Web-2.0-Aktivitäten zu stellen, und andere soziale Medien nur begleitend einzusetzen (z.B. wegen der geringeren Steuerungsmöglichkeit bei Facebook). Kerstin Lengger (Stadtarchiv Augsburg) erkundigte sich, ob es schon häufiger Schwierigkeiten aufgrund von Diskrepanzen zwischen der offiziellen Meinung des Archivs und der Privatmeinung gegeben habe. Frau Stilwell antwortete, dass die Gefahr natürlich immer gegeben sei, dass Meinungsäußerungen nach außen getragen würden, auch wenn diese in einer geschlossenen Gruppe geäußert worden seien.

Dr. Michael Stephan (Stadtarchiv München) wies darauf hin, dass in München über die Facebook-Seite des Historischen Vereins von Oberbayern auch Inhalte über das Stadtarchiv (das keine eigene Facebook-Seite hat) gepostet werden können.

Dr. Cramer-Fürtig (Stadtarchiv Augsburg) äußerte sich kritisch hinsichtlich des Kosten-/Nutzenaufwandes für entsprechende Aktivitäten und fragte nach der Zitierfähigkeit online publizierter Inhalte. Frau Rottler betonte die Nachhaltigkeit von hypotheses. In Frankreich und England werde diese Plattform schon seit 10 Jahren genutzt, auch von vielen Professoren. Eine Veröffentlichung auf hypotheses sei als gleichwertig zu einer gedruckten Publikation zu betrachten. Von Bibliotheken werde hypotheses wie eine Zeitschrift behandelt. Die Rezeption dort

veröffentlichter Artikel sei sogar höher als bei gedruckten Aufsätzen.

Auch Jörg Fischer unterstütze diese Argumentation. Blogs hätten eine größere Nachhaltigkeit. Gerade im Naturwissenschaftlichen Bereich würden digitale Publikationen sehr intensiv genutzt. Die Archive seien in diesem Bereich schon sehr spät dran. Bei Facebook hingegen sei die Recherchierbarkeit gering, zudem verschwänden Inhalte schnell wieder. Andererseits sei es z.B. günstiger, Archivalien auf Facebook zu präsentieren, als eine zeit- und kostenaufwändige Ausstellung im Stadtarchiv durchzuführen.

Dr. Michael Stephan beschloss die Tagung mit dem Hinweis, dass die nächste 49. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive am 8. Mai 2015 beim 9. Bayerischen Archivtag in Schweinfurt stattfinden werde. Für den 10. Bayerischen Archivtag im Jahr 2017 ist nach der Fertigstellung des neuen Gebäudes des Staatsarchivs Landshut vorgesehen (mit 51. Tagung der Arbeitsgemeinschaft). Der Tagungsort für die 50. Jahrestagung 2016 stehe derzeit noch nicht fest. Dr. Stephan bedankte sich abschließend bei allen, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben, bei den Referenten und Tagungsorganisatoren, insbesondere bei Michael Tröbs und seinen Mitarbeitern für die Organisation und Verpflegung.

Britta Meierfrankenfeld (Stadtarchiv München)